

Pressedienst

Reformtempo gefährdet Gelingen der Schulreform

Mittelständische Wirtschaft aus Chemie, Handel, Dienstleistung und Gastgewerbe fordert Erhalt der Gymnasien ab Klasse fünf

Hamburg 5. April 2009. „Die individuelle Förderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schüler muss das Kernziel der Schulreform in Hamburg sein. Die Reduzierung der Klassenstärken und der verstärkte Einsatz sozialpädagogischer Kräfte sind wichtige Schritte dazu.“ Dies erklärten der AGA Unternehmensverband, CDH im Norden, ChemieNord und DEHOGA zum Referentenentwurf des neuen Schulgesetzes in Hamburg.

Ziel der Schulreform müsse es sein, die Unterrichtsqualität an den Schulen vor Ort zu steigern. „Der komplette Umbau des Schulsystems ist hingegen nicht erforderlich. Im Gegenteil: Das Tempo, mit dem die Schulstruktur jetzt umgebaut werden soll, gefährdet die bislang auf den Weg gebrachten und weiter geplanten guten Ansätze zur Qualitätssteigerung des Schulsystems in Hamburg. Zunächst sollten die in den letzten Jahren eingeleiteten Reformen umgesetzt werden und ihre Wirkung entfalten können. Anderenfalls droht den Hamburger Schulen der Reform-Infarkt“, erklärte AGA-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse. Die Gymnasien dürften bei der geplanten Schulreform nicht benachteiligt werden. In Übereinstimmung mit den anderen Verbänden forderte Dr. Kruse den Erhalt der Gymnasien ab Klasse fünf.

„In Schulen in sozialen Brennpunkten sind die geplanten Klassenstärken von maximal 20 Schülern völlig unzureichend, um die Zahl der Schulabbrecher deutlich zu senken. Vor allem dort müssen verstärkt Sozialpädagogen und Schulpsychologen eingesetzt werden“, erklärte die CDH-Vorsitzende Ruth Berckholtz. Auch bei den Gymnasien müsse die Klassenstärke zwingend reduziert werden, damit die Schüler individuell gefördert werden können.

Da es offenbar eine politische Mehrheit in der Bürgerschaft für die Einführung einer für alle Schüler verbindlichen sechsjährigen Primarschule gebe, müsse jetzt ganz konkret dargelegt werden, wie die Unterrichtsqualität nachweisbar gesteigert werden kann. „Unsere Sorge ist, dass der Lernfortschritt sich in der Praxis eher an den leistungsschwachen Schülern orientiert“, gibt der Unternehmer Reinhold von Eben-Worlée zu bedenken.

Das längere gemeinsame Lernen werde nur dann wirklich zu einem höheren Lernerfolg für alle führen, wenn Elemente gymnasialer Bildung, die das logische Denken schulen, bereits ab der vierten Klasse der Primarschule in den Unterricht für alle Schüler einfließen. „Das sei zwar so geplant. Fraglich ist, ob Lehrer aus den Gymnasien, die für Latein, Mathematik, für die naturwissenschaftlichen Fächer sowie für Kunst und Musik in den Primarschulen eingesetzt werden, dazu überhaupt in der Lage sind. Gymnasiallehrer verfügen in der Regel über eine hohe Fachkompetenz, weniger aber über die notwendige pädagogische Eignung, Schüler bereits in der vierten Klasse zu unterrichten“, sagte von Eben-Worlée. Erschwerend komme hinzu, dass die Primarschulen ab Klasse vier heterogener zusammengesetzt seien als die heutigen Gymnasien ab

Klasse fünf. „Deshalb sehen wir bei den Lehrkräften, die aus den Gymnasien kommen und künftig in den Primarschulen eingesetzt werden, einen erheblichen Fortbildungsbedarf, bei dem es sicher nicht ausreicht, einige Wochenendkurse zu belegen“, ergänzte der Vorsitzende von ChemieNord Gerd W. A. Stäcker.

Ein zentraler Streitpunkt in der aktuellen schulpolitischen Diskussion sei das Elternwahlrecht. „Die Enquete-Kommission hat sich dafür ausgesprochen, den Elternwillen als maßgeblich bei der Schulformwahl zu respektieren und lediglich eine Empfehlung auszusprechen“, erklärte DEHOGA-Präsidentin Rose Pauly. Künftig solle die Schulkonferenz über die Schulform entscheiden. „Dahinter steht die umstrittene Vermutung, dass die Lehrer das Leistungsvermögen der Schüler besser einschätzen können als die Eltern“, sagte Pauly. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Eltern die Entscheidung der Schulkonferenz akzeptieren werden, sei die regelmäßige Information der Eltern über die Lernfortschritte ihrer Kinder. In sogenannten Lernentwicklungsgesprächen sollen daher regelmäßig gemeinsam mit den Eltern Ziel- und Leistungsvereinbarungen getroffen werden. „Auch hierbei stellt sich die Frage der konkreten Umsetzung“, so die DEHOGA-Präsidentin. „Wie sollen es die Lehrer angesichts der Arbeitsbelastung und der Vielzahl der Schüler schaffen, regelmäßig mit allen Eltern Gespräche zu führen, die mit Sicherheit länger als 10 Minuten dauern werden?“, fragte Pauly. Hinzu komme, dass der einzelne Lehrer, der zwischen 220 und 230 Schüler pro Woche unterrichte, die Potenziale des Einzelnen kaum richtig einschätzen könne. „Die Schulinspektion müsse daher zwingend regelmäßig überprüfen, ob diese Gespräche auch tatsächlich geführt werden. Unabdingbar bleibt für mich die Einbindung der Eltern in die Entscheidung über die Schulform“, forderte Pauly.

Positiv am Referentenentwurf bewerten die Wirtschaftsverbände den Erhalt der beruflichen Gymnasien, die der Wirtschaft ganz besonders am Herzen liegen würden. Das gelte sowohl für die technischen Gymnasien als auch besonders für die Wirtschaftsgymnasien. „Hamburg verfügt als Außenhandelsmetropole beispielsweise über eine bundesweit einmalige Konstellation für die Aus- und Weiterbildung von Groß- und Außenhandelskaufleuten“, erklärte der AGA-Präsident. Die Berufsschule für den Außenhandel „Am Lämmermarkt“, das dort angegliederte Wirtschaftsgymnasium und das ebenfalls dort angegliederte „Institut für Außenhandel“ würden einzigartige Rahmenbedingungen bieten, um die uns viele Standorte beneiden würden. Diese Schulform profitiere – so Dr. Kruse – von Synergieeffekten, gerade weil die Lehrkräfte sowohl am Wirtschaftsgymnasium als auch an der Berufsschule unterrichten. Durch den engen Kontakt zu den Ausbildern in den Unternehmen sei gewährleistet, dass praxisnahe Inhalte auch in den Unterricht der Wirtschaftsgymnasien einfließen könnten, erläuterte der AGA-Präsident.

„Im Wettbewerb um Oberstufenschüler wäre es völlig verfehlt, den Schülerwechsel an die beruflichen Gymnasien zu begrenzen. Das darf nicht zu einer Austrocknung der beruflichen Gymnasien führen,“ mahnte Berckholtz. „Die Schulbehörde muss sicherstellen, dass es zwischen den Stadtteilschulen und den beruflichen Gymnasien einen fairen Wettbewerb gibt. Wirtschaftskunde sollte Pflichtfach in allen Schulen sein, damit die Schüler frühzeitig über berufliche Alternativen informiert werden. Dies darf aber nicht zu Lasten naturwissenschaftlicher Fächer gehen.“

Hintergrundinformation:

In großer Sorge um die Zukunft der Hamburger Schulbildung und letztlich auch des Standorts Hamburg haben vier Unternehmensverbände am 13. Februar 2009 in einer Resolution zur geplanten Schulstrukturreform Schulsenatorin Christa Goetsch aufgefordert, die Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Schulpolitik umzusetzen. Diese Verbände sind der Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie in Norddeutschland (ChemieNord), der AGA Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung, der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Hamburg und der Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb in Hamburg (CDH). Die Verbände befürchten, dass der radikale Umbau des Schulsystems unter hohem Zeitdruck im Ergebnis zu einer Verschlechterung des Bildungsniveaus in Hamburg führen wird.

Rückfragen:

Dr. Holger Eisold

- Pressesprecher -

AGA Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.

Kurze Mühren 2, 20095 Hamburg

Tel: (040) 30 801 - 151

Mobil: 0160 712 77 38

E-Mail: holger.eisold@aga.de